

Hisbollah vs. Israel: Steht ein neuer Nahostkrieg bevor?

Heiko Wimmen

Seit Monaten warnen Beobachter vor einem neuen Waffengang zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah. Im Zentrum der Besorgnis steht die Aufrüstung der schiitischen Organisation. Angesichts ihrer engen Beziehungen zu Iran und Syrien drohen sogar gesamtregionale Konfliktszenarien. Israel will Syrien als mutmaßliches Transitland für die Waffen der Hisbollah zur Verantwortung ziehen. Damaskus und Teheran haben sich mit der Hisbollah und der palästinensischen Hamas demonstrativ zu einer »Achse des Widerstands« zusammengeschlossen. Dennoch ist Krieg vermeidbar. Keine der beiden Seiten kann sich von einem bewaffneten Konflikt entscheidende strategische Vorteile ausrechnen. Die europäische Beteiligung an der UNIFIL-Friedensmission im Südlibanon bietet zugleich Eingriffsmöglichkeiten, um eine Eskalation zu verhindern.

Mehr als 40 000 ballistische Raketen soll die Hisbollah nach israelischen Angaben mittlerweile besitzen, darunter eine nicht näher bezifferte Anzahl mit Reichweiten von mehr als 200 Kilometern. Die Organisation soll auch Systeme zur Luftabwehr erhalten sowie Waffenlager in der UNIFIL-Zone angelegt haben. Die Hisbollah selbst droht, israelische Angriffe auf Beirut und die libanesischen Infrastruktur durch Attacken auf gleichwertige Ziele im Großraum Tel Aviv zu beantworten – und bestätigt damit indirekt den Besitz einer größeren Zahl von Raketen mittlerer Reichweite.

Anders als beim Libanonkrieg 2006 wäre also die Kernregion der israelischen Infrastruktur und Ökonomie unmittelbar betroffen. Zudem kann die Hisbollah mit Trägersystemen wie der iranischen Fateh-110 und

der syrischen M-600 deutlich größere Sprengköpfe als bislang einsetzen. Diese würden im dichtbesiedelten Großraum von Tel Aviv wohl erhebliche Verluste unter der Zivilbevölkerung und Schäden an neuralgischer Infrastruktur verursachen. Ob und ab wann das kürzlich von Israel erfolgreich getestete »Iron Dome«-System zur Abwehr von Kurzstreckenraketen einen wirksamen Schutz bieten kann, bleibt abzuwarten.

Höhere Reichweiten erlauben der Hisbollah auch, Raketen in deutlicher Entfernung von der libanesisch-israelischen Grenze zu stationieren. Damit wären sie sowohl der Kontrolle der UNIFIL als auch dem schnellen Zugriff einer israelischen Bodenoffensive entzogen. Eine mögliche Stationierung im syrisch-libanesischen Grenzgebiet der östlichen Bekaa-Ebene würde schließlich

den Waffenschmuggel ebenso erleichtern wie im Kriegsfall die direkte Koordination mit dem Bündnispartner Syrien, das seinerseits neue Radarsysteme aus Iran erhalten haben soll.

Regionale Kalküle

Beide Konfliktparteien müssen die Interessen regionaler und internationaler Akteure und Partner berücksichtigen. Die Präsenz von mehr als 12 000 UNIFIL-Kräften mit substantieller europäischer Beteiligung impliziert, dass eine zeitlich und räumlich ausgedehnte Operation Israels – besonders eine Bodenoffensive – nur möglich wäre, wenn sie von den Europäern aktiv geduldet würde. Dass die USA gegenwärtig auf eine Wiederbelebung des Friedensprozesses setzen, schränkt Israels militärische Optionen zusätzlich ein.

Die Hisbollah muss berücksichtigen, dass Syrien sich von der »Achse des Widerstands« vor allem eine Stärkung seiner eigenen strategischen Position erhofft und wenig Interesse an einem direkten Konflikt hat. Iran hofft, die Drohung eines Vergeltungsschlages der Hisbollah auf israelische Ziele werde Israel und die USA von einem Angriff auf die iranischen Nuklearanlagen abschrecken. Insofern kann Teheran nicht daran gelegen sein, dass die Hisbollah die gelieferten Arsenale durch militärische Abenteuer gefährdet.

Die Hisbollah in der libanesischen Politik

Trotz ihrer expliziten ideologischen Ausrichtung hat sich die Hisbollah in der Vergangenheit stets als rational kalkulierender Akteur erwiesen, der seine eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzt. Militärisch steht außer Frage, dass auch die aktuelle Aufrüstung der Organisation nichts an der überwältigenden Überlegenheit des israelischen Militärs ändern wird. Allenfalls könnte eine Wiederholung des Patts von 2006 eintreten, jedoch voraussichtlich zu einem vielfach höheren Preis an Verwüs-

tung und Verlusten von Menschenleben. Betroffen davon wäre überwiegend die libanesischen Zivilbevölkerung.

Ein solches Szenario ist für die Hisbollah politisch nicht tragbar. Sie bemüht sich vehement um lokale Legitimation, auf die sie weiter angewiesen bleibt. Selbst in der eigenen schiitischen Gemeinschaft kann sie nicht auf bedingungslose Unterstützung bauen. Das Charisma von Generalsekretär Hassan Nasrallah und der ideologisch-religiöse Diskurs der Partei entbinden die Führung nicht von der Notwendigkeit, die eigene Anhängerschaft vom eingeschlagenen Kurs zu überzeugen. Der größte Teil von Nasrallahs Ansprachen dient diesem Zweck. Er argumentiert dabei jenseits der religiös und emotional aufgeladenen Inszenierung strikt rational und strategisch.

Außerhalb der schiitischen Gemeinschaft lehnen zahlreiche gesellschaftliche und politische Kräfte des Libanon die Bewaffnung der Hisbollah als mögliche Ursache neuer Konflikte ab, weisen ihre nationalistisch-panarabischen Positionen als Deckmantel für schiitisches Dominanzstreben zurück und werfen der Partei vor, iranische über libanesischen Interessen zu stellen. Von 2006 bis 2008 führten diese Gegensätze zur Blockade des politischen Systems und einer scharfen Polarisierung zwischen Sunniten und Schiiten im Libanon. Dies hat das Ansehen der Hisbollah in den überwiegend sunnitischen Nachbarstaaten beschädigt und war dem angestrebten pan-arabischen und pan-islamischen Bündnis gegen Israel und die USA abträglich.

Wie die bewaffneten Auseinandersetzungen im Mai 2008 zeigten, sind die Hisbollah und ihre Verbündeten bereit, dem politischen Gegner und dem Rest der Gesellschaft ihre Positionen auch mit Gewalt aufzuzwingen. Allerdings hat sich die Partei anschließend erfolgreich um Wiederherstellung eines Konsenses – zu ihren Bedingungen – bemüht. So legitimiert das Programm der gegenwärtig in Beirut amtierenden Allparteienregierung erneut explizit das Recht des »Widerstandes« zur »Befreiung libanesischen Territoriums«.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Hisbollah diese innenpolitischen Gewinne durch leichtfertiges Handeln aufs Spiel setzen wird. Im Gegenteil bemüht sie sich, Kriegsängste in der Bevölkerung durch eine erstmals im Herbst 2009 dargelegte »Abschreckungsdoktrin« zu beschwichtigen. Demnach sei die israelische Gesellschaft ungeachtet des militärischen Ungleichgewichts mental und moralisch nicht in der Lage, im Kriegsfall Misserfolge zu verkraften. Bereits die realistische Gefahr von Rückschlägen und einer ernsthaften Bedrohung für Sicherheit und Lebensstil der eigenen Bevölkerung werde daher ausreichen, um die israelische Führung von militärischen Aktionen abzuhalten. Nach dieser Logik wird das Waffenarsenal der Hisbollah keinen neuen Krieg auslösen, sondern ihn durch Abschreckung gerade verhindern.

Konfliktszenarien

Insgesamt erscheinen vier Szenarien vorstellbar, durch die eine Eskalation in Gang gesetzt und eine kriegerische Auseinandersetzung eingeleitet werden könnten.

(1) *Terroristische Angriffe der Hisbollah im Ausland.* Immer wieder hat die Hisbollah Vergeltung für ihren 2008 in Damaskus – nach Ansicht der Organisation durch den israelischen Geheimdienst – ermordeten Militärstrategen Imad Moghnieh angekündigt. Berichte über vereitelte Anschlagversuche auf israelische Ziele, etwa die Botschaft des Staates in Aserbaidschan, werden oft in diesem Zusammenhang gesehen.

(2) *Angriffe der Hisbollah auf Israels Militär oder Zivilbevölkerung.* Bei einem solchen Vorgehen würde sich die Organisation, wie auch in Szenario (1), dem Vorwurf aussetzen, erneut leichtfertig einen Krieg zu riskieren. Der mühsam erreichte innerlibanesischer Konsens wäre dann zerstört, und auch Teile der eigenen Anhängerschaft würden einen solchen Kurs wohl nicht mittragen. Opfer unter der israelischen Zivilbevölkerung würden die USA und die UNIFIL-Entsendestaaten dazu bewegen, Israel grünes Licht für weitreichende Vergeltung zu geben und

dabei wahrscheinlich auch hohe Opferzahlen unter der libanesischen Zivilbevölkerung zu akzeptieren. Bei alledem gäbe es keine Aussicht auf militärische oder politische Erfolge, die solch enorm hohe Kosten für die Hisbollah und den Libanon rechtfertigen könnten. Israelische Gesprächspartner sind entsprechend zuversichtlich, dass die Hisbollah mittelfristig von solchen Aktionen abgeschreckt werden kann. Politiker wie Militärs betonen, dass Vergeltungsmaßnahmen den gesamten Libanon treffen würden und dass man in Gebieten, die Ausgangspunkt von Raketenangriffen wären, keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen würde.

(3) *Israelischer Präventivschlag gegen die Arsenale der Hisbollah.* Solange die israelische Seite auf den Erfolg ihrer Abschreckungsstrategie vertraut, ist ein Präventivschlag nicht sehr wahrscheinlich. Ohnehin würden die USA und die UNIFIL-Entsendestaaten darauf wohl mit einer schnellen und vehementen Intervention reagieren – aus Sorge um die Sicherheit der eigenen Truppen und Furcht vor einer unkontrollierbaren Eskalation sowie weiteren Rückschlägen im Friedensprozess. Damit würde Israel kaum über ausreichend Zeit verfügen, um dem Gegner substantiellen Schaden zuzufügen. In israelischen Medien spekuliert man daher, dass es zu »kalibrierten« Angriffen kommen könnte, mit denen gezielt auf klare Verletzungen von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates – etwa bei Waffenschmuggel – geantwortet wird. Informationen über Waffenlieferungen an die Hisbollah, die auf eine deutliche Verschärfung der Bedrohungslage hinweisen (wie etwa die im April verbreitete Behauptung, Syrien liefere Scud-B-Raketen), könnten ein Anlass für solche Maßnahmen sein. Diese erscheinen in ihrer Eskalationswirkung jedoch kaum beherrschbar und beinhalten ein erhebliches Risiko, auch die Zivilbevölkerung zu treffen. Wegen des zu erwartenden internationalen Drucks könnte Israel eine solche Strategie nicht lange durchhalten.

(4) *Militärische Konfrontation mit Iran.* Für den Fall, dass Israel sich – wie in der Öffent-

lichkeit des Landes intensiv diskutiert – zu einem militärischen Vorgehen gegen das iranische Nuklearprogramm entschließen sollte, rechnen israelische Experten einmütig mit einem Vergeltungsschlag der Hisbollah im Auftrag Teherans. Sollte Israel sich tatsächlich für einen Angriff auf Iran entscheiden, wäre deshalb damit zu rechnen, dass parallel oder im Vorfeld ein militärischer Schlag gegen die Raketenarsenale der Hisbollah erfolgt.

Es bleibt jedoch die Frage, ob die Organisation das eigene Überleben (und das einer großen Zahl unbeteiligter Libanesen) tatsächlich zugunsten Irans in die Waagschale werfen oder entsprechende Anweisungen aus Teheran befolgen würde. Einer Antwort darauf weicht die Hisbollah in der öffentlichen Debatte nach Kräften aus, um dem desaströsen Verdacht zu entgehen, notfalls arabische und libanesischen Interessen – und Menschenleben – auf dem Altar iranischen Hegemonialstrebens zu opfern.

Kenner der Partei und des iranischen Regimes gehen davon aus, dass die beiden Akteure Entscheidungen grundsätzlich im Konsens treffen, wobei die Haltung der Hisbollah-Führung in Beirut erhebliches Gewicht hat. Ein israelischer Angriff auf Iran, dessen Ausmaß das Überleben des Regimes in Teheran bedrohen würde, könnte die Organisation jedoch schon allein aus rationalen Überlegungen – wonach das Ende der Islamischen Republik auch der Strategie des »Widerstands« die Grundlage entziehen würde – zum Eingreifen bewegen.

Neben den zum Teil engen persönlichen Beziehungen zwischen den Führungskadern in Teheran und Beirut könnten schließlich religiöse Überzeugungen den Ausschlag geben. Zu den identitätsstiftenden Elementen schiitischer Spiritualität gehört bis heute die Reue über den historischen Verrat am Enkel des Propheten, al-Hussein – die Bürger der irakischen Stadt Kufa hatten ihn zum Kampf gegen die Omayyaden-Dynastie herbeigerufen, ihn dann aber im Stich gelassen. Auch der gewöhnlich strikt realpolitisch kalkulierenden Hisbollah-Führung würde es schwerfallen, sich dem moralischen

Imperativ zum Beistand für einen existentiell bedrohten Bündnispartner und ideologischen Weggefährten zu entziehen.

Konsequenzen für Deutschland und Europa

Trotz aller alarmierenden Vorzeichen erscheint ein neuer Krieg zwischen Israel und der Hisbollah durchaus vermeidbar. Keine der Parteien kann erwarten, auf diesem Weg strategische Vorteile zu erreichen. Die Kriegsrhetorik auf beiden Seiten und die Festlegung der Hisbollah auf »paritätische« Vergeltung könnten jedoch eine gefährliche Eigendynamik gewinnen. Zwischenfälle, die ansonsten beherrschbar wären, drohen dann eine Spirale der Eskalation in Gang zu setzen. Anschläge der Hisbollah auf hochrangige israelische Ziele und »begrenzte« Präventivmaßnahmen Israels gegen deren Arsenale könnten Auslöser für eine solche Entwicklung sein.

Europäische Staaten, darunter auch Deutschland, stellen mehr als die Hälfte der UNIFIL-Friedenstruppen. Sie besitzen damit direkten Zugang zur Konfliktzone und können auf die Akteure einwirken. Kommunikationskanäle wie die Dreiergespräche zwischen UNIFIL, der libanesischen und der israelischen Armee sollten genutzt werden, um mäßigend auf beide Seiten einzuwirken und bei akuter Eskalationsgefahr aktiv und frühzeitig als Vermittler einzugreifen. Konkrete Verhandlungen über umstrittene Grenzgebiete (Ghajar, Shebaa) könnten die aktuelle Negativdynamik bremsen und der militaristischen Rhetorik der Hisbollah die Wirksamkeit internationaler Normen und institutioneller Prozesse entgegenstellen. Schließlich würde es ebenfalls dazu beitragen, die Spannungen an Israels Nordgrenze zu verringern, wenn die europäische Diplomatie in der Krise um das iranische Atomprogramm eine aktivere Haltung einnimmt und alle Seiten eine eindeutige Absage an die Anwendung militärischer Gewalt gegen Teheran leisten würden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364